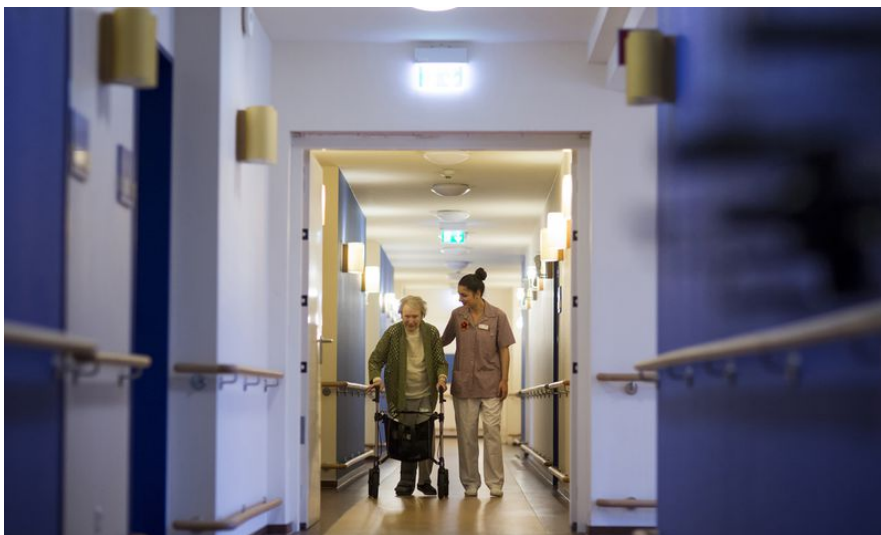


## Die Presse

### Erster Anlauf für 35-Stunden-Woche

Die Gewerkschaften wollen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich im Gesundheits- und Sozialbereich durchsetzen. Die Wirtschaft warnt vor den negativen Folgen.



Die Arbeit in Altersheimen ist nicht immer einfach. Zur Burnout-Prävention wird eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. – (c) REUTERS



von Christian Höller 26.04.2017 um 18:40

**Wien.** Die Gewerkschaften haben sich zwei große Ziele gesetzt: Sie wollen, dass in Österreich ein Mindestlohn von 1500 Euro brutto im Monat für Vollzeitbeschäftigte eingeführt wird. Bis im Sommer soll es darüber eine Einigung mit der Wirtschaft geben, andernfalls droht die Regierung mit einer gesetzlichen Regelung. Die 1500 Euro sind für die Gewerkschaften nur ein erster Schritt. In weiterer Folge soll der Mindestlohn auf 1700 Euro angehoben werden.

Die zweite wichtige Forderung der Gewerkschaften lautet, dass die wöchentliche Normalarbeitszeit auf 35 Stunden herabgesetzt wird – und das bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich. Hier steigt die Wirtschaft auf die Barrikaden. „Eine 35-Stunden-Woche können wir uns einfach nicht leisten“, betonen Vertreter der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung. Trotzdem unternehmen die Gewerkschaften nun einen ersten Anlauf zur Einführung der 35-Stunden-Woche. Am gestrigen Mittwoch haben dazu erste Gespräche für die 100.000 Beschäftigten im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich begonnen.

#### Verteuerung der Arbeitskosten

„Wir haben uns mit den Arbeitgebern bei den letzten Kollektivvertragsverhandlungen darauf geeinigt, die 35-Stunden-Woche als Ziel im Kollektivvertrag zu verankern“, sagte Reinhard Bödenauer von der Gewerkschaft der Privatangestellten GPA-djp am Mittwoch zur „Presse“. Viele Mitarbeiter im Gesundheits- und Sozialbereich seien ständig Stress und emotionaler Belastung in der Betreuungssituation ausgesetzt. Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht spreche laut Bödenauer alles für eine Verkürzung der Arbeitszeit. „Das daraus entstehende Beschäftigungspotenzial ist ein wichtiger Hebel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, heißt es bei der Gewerkschaft.

Kommt es zu einer Einigung, wäre der private Sozial- und Gesundheitsbereich die erste Branche in Österreich mit einer 35-Stunden-Woche. Die Wirtschaft befürchtet einen Dammbbruch. In weiterer Folge könnten auch Beschäftigte in anderen Branchen auf eine Verkürzung der Arbeitszeit bestehen. Bei einer 35-Stunden-Woche würden sich die Arbeitskosten massiv verteuern, warnen Wirtschaftsvertreter. Dabei seien in Österreich die Lohnnebenkosten im EU-Vergleich schon jetzt besonders hoch.

Dass sich die Gewerkschaften den privaten Sozial- und Gesundheitsbereich für ihr Anliegen ausgesucht haben, liegt auf der Hand. Denn dabei geht es um Vereine und Organisationen, die mit beachtlichen Mitteln von der öffentlichen Hand finanziert werden.

#### Forderung ist nicht umsetzbar

Mitglieder des Verbands der Sozial- und Gesundheitsunternehmen sind unter anderem die Volkshilfe, die Lebenshilfe, das Hilfswerk, das Kuratorium Wiener Pensionistenwohnhäuser, Jugend am Werk und pro mente. Bei einer Einführung der 35-Stunden-Woche würden sich laut „Presse“-Informationen die Arbeitskosten um sieben bis acht Prozent verteuern. Das bedeutet, dass die Vereine und Organisationen mehr Zuschüsse von der öffentlichen Hand brauchen. Bezahlen müsste das unter anderem der Steuerzahler.

Doch bei der ersten Verhandlungsrunde am gestrigen Mittwoch holten sich die Gewerkschaftsvertreter eine Abfuhr. „Die 35-Stunden-Woche ist derzeit einfach nicht umsetzbar. Dafür gibt es auch keine Mehrheit auf der Arbeitgeberseite“, erklärte Walter Marschitz, Geschäftsführer der „Sozialwirtschaft Österreich“. Man habe mit den Gewerkschaften die Verhandlungen über verschiedene Arbeitszeithemen begonnen.

Dabei gehe es unter anderem um die Verlängerung von Durchrechnungszeiträumen, die Arbeitszeitverkürzung, gesundheitliche Aspekte sowie um eine von der Gewerkschaft ins Spiel gebrachte Arbeitszeitverkürzung. „Wir können über alles reden“, sagte Marschitz zur „Presse“. Doch die 35-Stunden-Woche sei gegenwärtig nicht machbar.

Trotzdem lassen sich die Gewerkschaften nicht von ihrer Forderung abbringen. Ihrer Ansicht nach würde eine 35-Stunden-Woche rund 100.000 neue Jobs bringen. Ökonomen sehen das anders. Denn eine Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet nicht, dass das Volumen an Arbeitszeit gleich bleibt und auf mehr Menschen aufgeteilt werden kann.

(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 27.04.2017)

AUF EINEN BLICK

Die Gewerkschaften sind dafür, dass in Österreich die wöchentliche Normalarbeitszeit auf 35 Stunden herabgesetzt wird – und das bei vollem Lohnausgleich. Am gestrigen Mittwoch haben dazu erste Gespräche für die 100.000 Beschäftigten im privaten Gesundheits- und Sozialbereich begonnen. Die Wirtschaft lehnt die Forderung ab. Denn die 35-Stunden-Woche würde zu einer Verteuerung der Arbeitskosten führen.